



Briefing Notes

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

15. Februar 2021

Ägypten / Palästinensische Autonomiegebiete

Grenzübergang zwischen Gazastreifen und Ägypten geöffnet

Am 09.02.21 haben die ägyptischen Behörden den Grenzübergang Rafah zum Gazastreifen für unbestimmte Zeit geöffnet, nachdem dieser in den vergangenen Monaten immer nur für wenige Tage passierbar war.

Äthiopien

Äthiopisches Rotes Kreuz warnt vor Hungersnot in Tigray

Das äthiopische Rote Kreuz hat vor einer Hungersnot mit zehntausenden Toten in der Konfliktregion Tigray gewarnt. Nach einer am 10.02.21 veröffentlichten Erklärung der Organisation habe es bereits erste Tote gegeben. Der Zugang zu Hilfsgütern sei auf die Regionhauptstadt Mekele und ihr Umland beschränkt. Menschen aus ländlichen Gebieten hätten dagegen kaum eine Möglichkeit, Hilfe zu erhalten. Betroffen seien rund 80 % des Gebiets. Etwa 3,8 Millionen der rund sechs Millionen Menschen in Tigray benötigten umgehend humanitäre Unterstützung.

Afghanistan

Abzug der internationalen Truppen

Nach dem von den USA und den Taliban geschlossenen Friedensabkommen müssten die internationalen Truppen Ende April 2021 abziehen. Ob dieser Termin eingehalten werden kann, hängt u.a. vom weiteren Vorgehen der Taliban ab. Die neue US-Regierung erklärte, prüfen zu wollen, ob sich die Taliban an ihre Verpflichtungen halten. Ein vollständiger Abzug internationaler Truppen erscheint derzeit unwahrscheinlich, angesichts der in den vergangenen Wochen und Monaten fortgesetzten Angriffe der Taliban auf afghanische Regierungseinheiten und stockender Friedensgespräche der Taliban mit der afghanischen Regierung. Beobachter gehen davon aus, dass die Taliban ein Verbleiben internationaler Truppen allerdings nicht hinnehmen werden und Angriffe und Anschläge gegen ausländische Truppen, von denen sie bisher weitgehend Abstand genommen hatten, erneut aufnehmen könnten. Auf der anderen Seite wird befürchtet, dass ein Abzug der internationalen Truppen zu einem Bürgerkrieg führen könnte.

Anschläge, Kampfhandlungen, zivile Opfer

Am 08.02.21 wurde in Kabul ein Anschlag auf den stellvertretenden Minister für Landwirtschaft verübt, dabei wurden zwei Personen verletzt.

Am 09.02.21 wurde auf der Straße zwischen Kabul und Jalalabad ein Konvoi der UN von Unbekannten angegriffen. Dabei starben fünf afghanische Sicherheitskräfte. Außerdem wurden in Nangarhar zwei Mitarbeiter des afghanischen Geheimdienstes bei der Explosion eines improvisierten Sprengsatzes verletzt.

Zudem wurden in Kabul zwei Anschläge auf Regierungsmitarbeiter verübt. Dabei starben vier Menschen und zwei wurden verletzt.

Am 10.02.21 gab es in Kabul vier Bombenanschläge, bei denen drei Menschen getötet und sechs verletzt wurden. Die Angriffe waren auf Polizisten (darunter der Polizeichef des 5. Polizeidistrikts von Kabul) und Mitarbeiter des Arbeitsministeriums gerichtet.

Für keinen der Anschläge hat eine Gruppe die Verantwortung übernommen.

Am 13.02.21 gingen in der Provinz Herat (nahe Islam Qala, dem Grenzübergang nach Iran) mindestens hundert Öl- und Gastanklaster in Flammen auf. Die Ursache ist nicht klar, mindestens 50 Menschen wurden verletzt. Schätzungen des Schadens liegen zwischen 50 und 100 Millionen US-Dollar.

Am 14.02.21 entführten (mutmaßliche) Taliban elf Arbeiter von der Baustelle des Pashdan Damms in Herat.

Nach Recherchen der New York Times wurden im Februar 2021 (Stand: 12.02.21) 141 auf Regierungsseite stehende Kräfte und 41 Zivilisten getötet.

Abschiebungen aus der Türkei

Nach Angaben des afghanischen Ministers für Flüchtlinge und Rückkehrer würden täglich bis zu 200 afghanische Staatsangehörige aus der Türkei nach Afghanistan zurückgeschickt.

Albanien

Verabschiedung eines neuen Asylgesetzes

Am 01.02.21 verabschiedete das Parlament mit deutlicher Mehrheit ein neues Asylgesetz. Vorausgegangen war eine enge Zusammenarbeit mit der EU-Delegation in Albanien sowie dem UNHCR bei der Erarbeitung des Textes. Diese begrüßten das neue Gesetz, das Albanien näher an internationale Standards und EU-Recht herantühre, zudem seien damit u.a. die Garantien für vulnerable Asylsuchende wie unbegleitete Minderjährige sowie der Rahmen für die Integration von Flüchtlingen gestärkt worden.

EGMR bestätigt Entlassung einer Verfassungsrichterin

Am 09.02.21 veröffentlichte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) sein Urteil (15227/19) im Fall einer ehemaligen Verfassungsrichterin, die im Zuge der Überprüfung von Richtern und Staatsanwälten in Albanien entlassen worden war. Die Prüfungskommission hatte festgestellt, dass die Verfassungsrichterin die Herkunft ihres Vermögens nicht hatte aufklären können, und hatte ihr daraufhin wegen schwerwiegender ethischer Verstöße lebenslang die Rückkehr ins Justizsystem untersagt. Der EGMR befand, dass die zuständigen albanischen Behörden unabhängig und unparteiisch gewesen seien. Auch der lebenslange Ausschluss sei verhältnismäßig gewesen. Die Richterin war eine von fünf entlassenen Verfassungsrichtern, drei weitere waren zur Vermeidung des Vettings zurückgetreten. Mit einem verbleibenden Richter war das Verfassungsgericht zwei Jahre lang nicht arbeitsfähig gewesen. Laut einem Medienbericht haben rund 20 von insgesamt 109 entlassenen Richtern und Staatsanwälten vor dem EGMR geklagt.

Algerien

Foltervorwürfe während Haft werden untersucht

Algerien wird eine Untersuchung der Vorwürfe einleiten, wonach Sicherheitskräfte einen Studenten während seiner Haft gefoltert haben sollen. Der Student war im Rahmen der Proteste vor zwei Jahren, welche zum Sturz Bouteflikas führten, verhaftet und insgesamt 14 Monate in Gewahrsam gehalten worden.

Benin

Kandidaten der anstehenden Präsidentenwahl

Zwei Kandidaten werden laut Informationen der Wahlkommission Commission Electorale Nationale Autonome (CENA) in der für den 11.04.21 geplanten Präsidentenwahl gegen Amtsinhaber Patrice Talon antreten. Wie die CENA am 12.02.21 mitteilte, erfüllten neben Talon bisher nur Alassane Soumanou von der oppositionellen Forces

Cauris pour un Bénin Émergent (FCBE) und Corentin Kohoué (ehemaliges Mitglied der Partei Les Démocrates) unter den insgesamt 20 Bewerbern die Voraussetzungen für eine Zulassung zur Wahl. U.a. lehnte die Wahlkommission die Kandidatur des bedeutenden Oppositionellen Joel Aïvo (Parteienbündnis Front pour la Restauration de la Démocratie) ab.

Für eine Kandidatur ist die formelle Unterstützung von mindestens 10 % der 83 Parlamentsabgeordneten und der 77 Bürgermeister des Landes (somit mindestens 16 Personen) notwendig. Im aktuellen Parlament ist die Opposition nicht vertreten. Nach einer Wahlrechtsreform waren Oppositionsparteien von der Parlamentswahl 2019 de facto ausgeschlossen und nur zwei Präsident Talon nahestehende Parteien zugelassen. Eine endgültige Entscheidung über die Zulassung zur Präsidentenwahl fällt das Verfassungsgericht und veröffentlicht sie am 22.02.21.

Ganiou Soglo, Sohn des früheren Staatspräsidenten Nicephore Soglo und einer der von der CENA abgelehnten Kandidaten, wurde am 05.02.21 während einer Autofahrt auf dem Weg zu seiner in Zinvié bei Cotonou gelegenen Farm von Unbekannten angeschossen. Die Hintergründe waren zunächst unklar. Er begab sich zur medizinischen Behandlung nach Frankreich.

UN-Sondergesandter ruft zu Gesprächen auf

Der Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs für Westafrika und die Sahelzone, Mohamed Ibn Chambas, besuchte vom 07. bis 10.02.21 Benin. Er sprach mit Präsident Patrice Talon und mit Vertretern der Regierung, der Opposition und der Zivilgesellschaft. Er rief zu Gesprächen auf, um eine friedliche und glaubwürdige Präsidentenwahl (siehe oben) zu ermöglichen. Nach der Parlamentswahl von 2019 war es wegen des faktischen Ausschlusses der Opposition zu einer innenpolitischen Krise und zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Oppositionsanhängern und Sicherheitskräften gekommen (vgl. BN v. 06.05.19).

China

Verlegerin zu mehrjähriger Haftstrafe verurteilt

Am 09.02.21 verurteilte ein Gericht in Peking die am 09.09.20 festgenommene Verlegerin Geng Xiaonan zu einer dreijährigen Gefängnisstrafe. Offiziell war Geng wegen illegaler Geschäftsaktivitäten angeklagt. In ihrem Lifestyle-Verlag Ruiya Books sollen 200.000 Publikationen erschienen sein, für die nicht die vollen Verlagsrechte vorgelegen hatten. Einschätzungen aus Gengs Umfeld zufolge handelt es sich bei dem Urteil um einen typischen Fall, in dem eine Unternehmerin oder ein Unternehmer fälschlich eines Wirtschaftsdelikts beschuldigt wird, um ein politisches Vergehen zu bestrafen. In den Monaten vor ihrer Festnahme hatte Geng sich u.a. für den von seinem Dienst an der Tsinghua-Universität suspendierten Rechtsprofessor Xu Zhangrun eingesetzt. Xu, der die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) und Staatspräsident Xi Jinping in mehreren seit 2018 veröffentlichten Essays offen kritisiert hatte, wurde am 06.07.20 für mehrere Tage in Gewahrsam genommen. In den vergangenen Jahren war Geng außerdem regelmäßig an der Ausrichtung von Kulturveranstaltungen beteiligt gewesen, die kritischen Stimmen eine Plattform boten.

Hongkong: Jimmy Lai muss in Untersuchungshaft bleiben

Am 09.02.21 gab der Court of Final Appeal der Berufung der Hongkonger Staatsanwaltschaft gegen die Entscheidung des High Court statt, den Medienunternehmer Jimmy Lai gegen eine Kaution von 10 Mio. Hongkong-Dollar (HKD) in den Hausarrest zu entlassen (vgl. BN v. 11.01.21). In dem 35-seitigen Dokument wird auf Art. 42 Abs. 2 des Nationalen Sicherheitsgesetzes Bezug genommen. Der Artikel schaffe eine Ausnahme von der in Hongkong gängigen Regelung zugunsten der Freilassung nicht gewalttätiger Straftäter gegen Kaution. Eine Freilassung gegen Kaution dürfe demnach nur gewährt werden, wenn ausreichende Gründe für die Annahme vorlägen, dass Angeklagte keine weiteren Taten begehen, welche die nationale Sicherheit in Gefahr bringen. Diese Vorschrift sei von High-Court-Richter Alex Lee falsch ausgelegt worden. Lai, dessen Prozessbeginn am 16.04.21 bevorsteht, könne jedoch einen Antrag auf Überprüfung des Urteils stellen.

DR Kongo

UNHCR kritisiert Zunahme der Gewalt gegen Zivilisten in den Provinzen Ituri und North-Kivu

Die Sprecherin des Hochkommissariats, Marta Hurtado, hat deutliche Kritik über die signifikante Zunahme der Gewalt gegen Zivilisten in den Gebieten Irumu und Mambasa der Provinz Ituri und dem Gebiet Beni in der Provinz North-Kivu geäußert. Sowohl die in den Provinzen Ituri und Nord-Kivu operierende Rebellenmiliz Allied Democratic Forces-National Army for the Liberation of Uganda (ADF-NALU) als auch die kongolesischen Sicherheitskräfte und das Militär werden für die begangenen Menschenrechtsverletzungen sowie die schweren Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht verantwortlich gemacht.

Rebellenangriffe auf Militärstandorte in Lubumbashi

Die Rebellenmiliz Bakata Kantanga griff Medienberichten zufolge am 14.02.21 zwei Militärstandorte in Lubumbashi an. Die Millionenstadt Lubumbashi ist die zweitgrößte Stadt der Demokratischen Republik Kongo und befindet sich in der minenreichen südlichen Region Haut-Katanga. Laut dem regierenden Bürgermeister von Lubumbashi sei neben sechs Aufständischen und vier kongolesischen Sicherheitskräften auch ein Zivilist getötet worden.

Ecuador

Präsidentenwahlen

Bei der Präsidentenwahl am 07.02.21 hat der linksgerichtete Kandidat Andrés Arauz die meisten Stimmen erhalten. Mit rund 32 % geht er damit als Favorit in die Stichwahl am 11.04.21. Offen ist dagegen noch immer, wer sein Herausforderer sein wird. Wegen Ungenauigkeiten, fehlender Unterschriften der Wahlvorstände und Beschwerden müssen knapp zehn Prozent der Wahlurnen überprüft und neu ausgezählt werden. Der indigene Anwalt Yaku Pérez, der eine links-grüne Agenda vertritt und der konservative Ex-Banker Guillermo Lasso liegen bislang fast gleichauf. Der bisherige Präsident Lenín Moreno war nicht mehr angetreten.

Ecuador steht mit seinen rund 17 Millionen Einwohnern vor erheblichen wirtschaftlichen Problemen: Eine hohe Staatsverschuldung infolge des Verfalls des Ölpreises und die COVID-19-Pandemie - fast 260.000 Menschen haben sich bisher infiziert, rund 15.000 starben nach einer Infektion - haben das Land in eine Krise geführt.

Gambia

Aufruf der Vizepräsidentin für ein Ende der weiblichen Beschneidungspraxis

Anlässlich des diesjährigen Internationalen Tags „Null Toleranz gegenüber weiblicher Genitalverstümmelung“ forderte die Vizepräsidentin Dr. Isatou Touray alle relevanten Beteiligten dazu auf, eng zusammenzuarbeiten, um die in Gambia weit verbreitete und ausdrücklich unter Strafe stehende weibliche Genitalbeschneidung abzuschaffen. Sie erklärte, dass die Regierung mit Nichtregierungsorganisationen, weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen und sonstigen Einrichtungen zusammenarbeiten werde, um die Menschen in den noch an der Beschneidungstradition festhaltenden Regionen zu einem Bewusstseinswandel zu bewegen. Die Regierung werde in den dortigen Gemeinden die treibende Kraft hinter der Abschaffung der weiblichen Beschneidungstradition sein, so die Vizepräsidentin.

Erneute Festnahme der Anführer der Protestbewegung „3 Years Jotna“

Am 10.02.21 stellte der High Court in Banjul auf Antrag der Staatsanwaltschaft das gegen neun Anführer der zivilgesellschaftlichen Protestbewegung „3 Years Jotna“ geführte Strafverfahren ein. Gleichtags nahm die Polizei die Anführer der Oppositionsbewegung erneut fest. Zur Begründung wurde angeführt, dass die Festnahmen angesichts neuer Eingaben der Staatsanwaltschaft vor Gericht gerechtfertigt seien. So seien gegen die Beschuldigten erneut strafrechtliche Ermittlungsverfahren wegen unrechtmäßiger Versammlung (Art. 69 Criminal Code), Vandalismus an Gebäuden (Art. 76 Criminal Code) und Handlungsaufbruch zu Vandalismus (Art. 74 Criminal Code) eingeleitet worden. Die festgenommenen Anführer der Protestbewegung kamen zwischenzeitlich Medienberichten zufolge gegen Kautionsfrei.

Nachdem es bei einer Demonstration gegen die Regierung Barrow im Januar 2020 zu gewaltsamen Zusammenstößen mit der Polizei gekommen war, wurde die Protestbewegung „3 Years Jotna“ von der Regierung

offiziell verboten. Im Zuge der gewaltsamen Auflösung der Demonstration wurden neben den Anführern der Protestbewegung, insgesamt 137 Demonstrierende sowie einige Journalisten vorübergehend festgenommen.

Ghana

COVID-19-Pandemie: Parlamentarische Arbeit eingeschränkt

Als Reaktion auf eine größere Zahl von Infektionen mit COVID-19 unter den Abgeordneten (17) und Mitarbeitern (151) des Parlaments wurde am 09.02.21 die Schließung des Plenarsaals des Parlaments für drei Wochen beschlossen. Plenarsitzungen fallen aus, Ausschüsse treten weiterhin zusammen. Bereits in der Woche zuvor war die Zahl der wöchentlichen Sitzungen angesichts steigender Infektionszahlen im Parlament auf zwei beschränkt worden.

COVID-19-Pandemie: Steigende Infektionszahlen

Ghana ist von der COVID-19-Pandemie mäßig stark betroffen. Dabei steigt die Zahl der Infektionen seit Anfang 2021 stark, wobei Kumasi und die Accra Metropolitan Area regionale Schwerpunkte bilden. Nach Daten des Ghana Health Service wurden für den 10.02.21 718 Neuinfektionen gemeldet. Insgesamt gab es bisher 75.836 Infektionen, 533 Menschen starben an oder mit COVID-19. Aktuell verbreitet sich insbesondere die als ansteckender geltende SARS-CoV-2-Variante B.1.1.7.

COVID-19-Pandemie: Impfungen

Mit Impfungen wurde noch nicht begonnen. Planungen zufolge soll Ghana von März bis Juni 2021 2,4 Millionen Impfstoff-Dosen bekommen. Die Impfungen werden für die Bevölkerung kostenlos sein.

Guinea

Haftstrafe für Oppositionellen

Ein Gericht erster Instanz in Dixinn (Region Kindia) verurteilte am 08.02.21 den Oppositionellen Mamadi Condé zu einer Haftstrafe von fünf Jahren und einer Geldstrafe von 100 Millionen guineischen Francs (GNF, etwa 9.000 EUR) wegen der Verbreitung rassistischer, drohender und beleidigender Inhalte über das Internet. Mamadi Condé, Medienberichten zufolge sowohl guineischer als auch kanadischer Staatsangehöriger mit Hauptwohnsitz in Kanada, war kurz nach der Präsidentschaftswahl vom 18.10.20 verhaftet worden. Auch bekannt als „Madic 100 frontière“, unter dem ein Facebook-Profil mit rund 279.000 Abonnenten existiert, soll er sich lautstark gegen die dritte Amtszeit von Staatspräsident Alpha Condé gewandt haben. Der Facebook-Seite ist eine Mitgliedschaft von Mamadi Condé in der Union des Forces Démocratiques de Guinée (UFDG), der Partei des unterlegenen Präsidentschaftskandidaten Cellou Dalein Diall (vgl. BN v. 02.11.20), zu entnehmen.

Wiederauftreten von Ebola

In der südöstlichen Region Nzérékoré ist das Ebola-Virus wieder aufgetreten. Drei Personen sind an dem Virus gestorben, weitere fünf zur Behandlung in Isolation. Alle acht Personen hatten am 01.02.21 dieselbe Beerdigung besucht. Guinea war bei dem bislang weltweit schwersten Ausbruch der Krankheit zwischen 2013 und 2016 in Westafrika mit mindestens 11.300 Menschen zusammen mit Liberia und Sierra Leone am schwersten betroffen gewesen. Laut einem Medienbericht erklärte die Weltgesundheitsorganisation (WHO), dass sporadische Einzelfälle nach einem großen Ausbruch nicht ungewöhnlich seien, dennoch äußerte sie sich angesichts der Todesfälle besorgt.

Indien

Ladakh: Offenbar Truppenabzug mit China vereinbart

Am 11.02.21 sei nach indischen Regierungsangaben mit China eine Einigung im monatelangen Konflikt an der Grenzlinie (Line of Actual Control, LAC) im nördlichen Unionsterritorium Ladakh im Himalaya erzielt worden. Beide Länder hätten nach mehreren Gesprächsrunden einen Truppenabzug vereinbart.

Gespräche zwischen Regierung und Bauernverbänden

Am 08.02.21 rief Indiens Premierminister Narendra Modi die seit mehreren Monaten demonstrierenden und vor der Hauptstadt Neu-Delhi kampierenden Bauern dazu auf, die Proteste zu beenden und lud Bauernverbände zu Gesprächen über die umstrittenen Gesetze zur Liberalisierung des Agrarsektors ein.

Irak

Türkischer Militäreinsatz im Nordirak

Das türkische Verteidigungsministerium erklärte am 10.02.21, dass mit einem neuen Militäreinsatz gegen die verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK im Nordirak begonnen worden sei. Ziel der Operation in der Provinz Dohuk nahe der türkischen Grenze sei insbesondere die Zerstörung von PKK-Stellungen, um Terrorangriffe aus dem Nordirak verhindern und die Grenzsicherheit zu gewährleisten. Begründet wurde der Einsatz mit dem Recht auf Selbstverteidigung, da es Hinweise auf einen größeren Angriff der PKK aus dem Nordirak gegeben habe. Bei diesem Einsatz im Nordirak habe das türkische Militär am 14.02.21 nach offiziellen Angaben 13 entführte Türken in einer Höhle tot aufgefunden, die erschossen worden waren. Die PKK bestreitet, diese Personen getötet zu haben, sie seien bei kämpferischen Auseinandersetzungen in der Region ums Leben gekommen.

Am Freitag den 12.02.21 hat die Popular Mobilization Forces (PMF, Hashd al-Shaabi) als Reaktion auf die türkische Militäroffensive mehrere Truppen in die Shingal Region gesandt. 200 Mitglieder der Shingal Resistance Units (YBS), die der PKK nahestehen sollen, haben sich der PMF angeschlossen.

COVID-19-Pandemie

Am 13.02.21 hat das nationale Sicherheits- und Gesundheitskomitee entschieden, Bewegungs- und Kontakteinschränkungen im Irak zu verhängen, da die Zahl der Infektionen in den letzten Wochen stetig gestiegen ist. Außerdem gibt es eine Ausgangssperre zwischen 20:00 und 05:00 Uhr. Ab dem 15.02.21 sollen Schulen, Universitäten, Parks, Veranstaltungsorte für Hochzeiten und Beerdigungen sowie Orte religiöser Gemeinschaften schließen.

Iran

COVID-19-Pandemie

In Iran haben am 09.02.21 die Impfungen gegen das Coronavirus begonnen. Kurz zuvor waren erste Lieferungen des russischen Impfstoffs Sputnik V in Teheran eingetroffen. Die Impfkampagne begann mit dem Sohn des Gesundheitsministers. Zuerst soll medizinisches Personal geimpft werden. Unterdessen warnen Behördenvertreter angesichts der immer stärkeren Ausbreitung der britischen Mutationsvariante vor einer vierten Infektionswelle. Besonders besorgniserregend sei die Situation in der südwestlichen Provinz Khuzestan, wo die Kapazitäten an Intensivbetten in den Krankenhäusern ausgeschöpft sind. In Anbetracht der kritischen Lage sollen auf Provinzebene neue Einschränkungen verhängt werden. Khuzestan wurde am 13.02.21 vollständig abgeriegelt. Am 14.02.21 meldete das Gesundheitsministerium landesweit 7.390 Neuinfektionen binnen 24 Stunden.

Verhaftungen und Urteile

Iranische Auslandsmedien berichten für den Zeitraum vom 08.02.-14.02.21 von mehreren Verhaftungen bzw. Haftstrafen gegen Aktivistinnen und Aktivisten der Zivilgesellschaft. Am 08.02.21 sei ein auf dem Gebiet Philosophie tätiger Wissenschaftsautor verhaftet und an einen unbekannt Ort verbracht worden. Zu konkreten Anschuldigungen und den Ursachen der Verhaftung liegen keine Informationen vor. Am 11.02.21 sei ein prominenter Schriftsteller von den Sicherheitsbehörden in Hamadan festgenommen und inhaftiert worden. Der Mann war bereits 2017 wegen Veröffentlichung von Texten mit „Beleidigungen heiliger Prinzipien“ zu einer Haftstrafe von zwei Jahren verurteilt worden, musste diese aber aufgrund eines Berufungsverfahrens und später von Corona bislang nicht antreten. Eine Studentin der Universität Teheran wurde wegen Teilnahme an den Protesten im November 2018 von einem Teheraner Revolutionsgericht zu einer Haft- und Bewährungsstrafe von fünf Jahren verurteilt. Ein Berufungsgericht habe die Haftstrafe für ein Jahr bestätigt und die restlichen vier Jahre zur Bewährung ausgesetzt. In der Stadt Sanandaj (Provinz Kordistan) habe ein Berufungsgericht die Haftstrafe gegen eine junge Frau von zehn auf fünf Jahre reduziert. Die Leiterin des Kulturvereins Nuzhin unterrichtete kurdische

Sprache und Literatur. Die Verurteilung erfolgte wegen „Gründung einer Gruppe mit dem Ziel, die nationale Sicherheit zu zerstören. Das Menschenrechtsnetzwerk Kurdistan berichtet von der Verlegung mehrerer kürzlich verhafteter kurdischer Aktivistinnen und Aktivisten von der Untersuchungshaft in zentrale Gefängnisse (nach Urumiyeh und Mahabad). Im Zeitraum Januar und Februar 2021 waren ca. 100 Angehörige der kurdischen Zivilgesellschaft verhaftet worden (vgl. BN v. 08.02.21).

Jemen

COVID-19-Pandemie

COVAX (COVID-19 Vaccines Global Access) wird laut Berichten bis Anfang März 2021 2,3 Millionen Dosen des COVID-19 Impfstoffs von AstraZeneca an Jemen liefern. Die jemenitische Regierung hat COVAX gebeten, insgesamt 14 Millionen Impfungen bereitzustellen, was für etwa 23 % der Bevölkerung ausreicht. Das Ziel der Regierung ist es, 70 % der Bevölkerung zu impfen. Zudem hat sich die Regierung an Saudi-Arabien gewandt, um von dort eine Unterstützung bei der Finanzierung der Impfstoffe zu erhalten. Die Impfstoffe sollen auch im von den Houthis kontrollierten Norden verteilt werden. Die Houthis publizieren seit Mai 2020 keine Zahlen mehr über Coronavirus-Infektionen. Damals erklärten sie, dass sich vier Menschen angesteckt hätten und eine Person an dem Virus gestorben sei. Die Regierung, die die südlichen Teile des Jemens kontrolliert, hat 2.145 Fälle gemeldet, darunter 617 Todesfälle (Stand: 14.02.21). Vermutlich liegt die Dunkelziffer aber deutlich höher.

Hungersnot

Die UN warnten am 21.02.21 davor, dass fast 2,3 Millionen Kinder unter fünf Jahren (die Hälfte aller Kinder in dieser Altersgruppe) im Jahr 2021 an akuter Unterernährung leiden werden. Dies ist ein neuer Höchstwert und entspricht einem Anstieg von 16 % gegenüber dem gleichen Zeitpunkt im letzten Jahr. 400.000 von ihnen (ein Anstieg von 22 % gegenüber dem letzten Jahr) laufen Gefahr, an Unterernährung zu sterben, wenn sie keine Behandlung erhalten. Darüber hinaus werden 1,2 Millionen schwangere oder stillende Frauen als akut unterernährt eingeschätzt, was dazu führen könnte, dass sogar noch mehr Kinder an Unterernährung leiden werden.

Kämpfe in Marib

Die Kämpfe zwischen den Houthi-Rebellen und den Regierungstruppen in den südlichen und östlichen Teilen des Gouvernements Marib haben zugenommen, seit die Houthis Anfang Februar 2021 mit erneuten Angriffen auf die Provinz begonnen haben. Berichten zufolge wurden Dutzende von Kämpfern beider Seiten getötet oder verletzt. Marib ist die letzte Hochburg der Regierung im nördlichen Jemen, aber die Houthis haben im letzten Jahr zunehmend versucht, die dortige Kontrolle zu übernehmen. Tausende Binnenflüchtlinge leben bereits in der Provinz und Hunderte von Familien wurden durch die jüngsten Kämpfe zur Flucht gezwungen.

Parlamentarier von Houthi-Gericht zum Tode verurteilt

Der von den Houthis geführte Specialized Criminal Court in Sanaa hat Presseberichten zufolge elf Parlamentarier in Abwesenheit wegen ihrer Unterstützung der jemenitischen Regierung zum Tode verurteilt. Die Parlamentarier wurden angeklagt, an einer Sitzung des Parlaments in der Stadt Seiyun im Jahr 2019 teilgenommen zu haben. Das Gericht ordnete an, dass ihr gesamter Besitz beschlagnahmt wird. Im März 2020 verurteilte dasselbe Gericht 35 Parlamentarier wegen ihrer Unterstützung der von Saudi-Arabien geführten Koalition zum Tode. Die jemenitische Regierung erkennt das Gericht nicht an und teilte mit, dass die Urteile keine Rechtsgültigkeit hätten.

Kolumbien

Zunahme von Morden im Departamento Cauca

Kolumbianische Medien berichteten am 06.02.21 über die Tötung eines 40-jährigen Kleinbauern und seiner beiden heranwachsenden Söhne im Südwesten des Landes. Laut den Ermittlungsbehörden weisen die Todesopfer Folterspuren auf. Als Täter werden Mitglieder der paramilitärischen Gruppe „Dagoberto Ramos“ (Abtrünnige der FARC-Guerilla) verdächtigt. Zwei Tage zuvor sind in der Gemeinde Argelia, ebenfalls im Departamento Cauca, die Leichen dreier Bauern entdeckt worden. In einem vor Ort aufgefundenen Schreiben bekennt sich die bewaffnete Gruppe „Carlos Patiño“ (ebenfalls eine Abspaltung der FARC) zu der Tat und beschuldigt die Getöteten, Mitglieder

der gegnerischen ELN-Guerilla gewesen zu sein. Die Morde sind Beispiele für die stark ansteigende Zahl von gezielten Tötungen in Kolumbien. Laut der Stiftung Frieden und Versöhnung (Fundación Paz y Reconciliación) wurden von Jahresanfang bis zum 04.02.21 50 Personen in zwölf Departamentos umgebracht.

Marokko

Diplomatische Beziehungen zu Israel aufgenommen

Marokko und Israel haben nach 20 Jahren wieder diplomatische Beziehungen aufgenommen. Nachdem der israelische Diplomat David Govrin sein Amt im Verbindungsbüro in Rabat aufgenommen hat, hat auch der marokkanische Diplomat Abderrahim Beyyoud sein Amt im Verbindungsbüro in Tel Aviv am 09.02.21 aufgenommen. Marokko und Israel haben im Dezember 2020 Schritte zur Normalisierung der Beziehungen angekündigt.

Moldau

Regierungsbildung gescheitert

Das moldauische Parlament hat die von Staatspräsidentin Maia Sandu zur designierten Ministerpräsidentin vorgeschlagene Natalia Gavrilicia am 11.02.21 abgelehnt. Die Republik Moldau wird derzeit von einer Interims-Regierung geführt. Nach der erneuten Nominierung Natalia Gavrilicias durch Präsidentin Sandu im Anschluss der Abstimmung sind Neuwahlen nunmehr das wahrscheinlichste Szenario.

Mongolei

COVID-19-Pandemie: Massentest und harter Lockdown

Seit dem 11.02.21, dem Vortag des diesjährigen mongolischen Neujahrsfestes Tsagaan Sar, ist in der Mongolei ein landesweiter Lockdown in Kraft, der bis zum 23.02.21 andauern soll. Als Teil des Lockdowns wurden der Reiseverkehr zwischen den Provinzen eingeschränkt und die Straßen von und nach der Hauptstadt Ulan Bator (Ulaanbaatar) für den privaten Autoverkehr gesperrt. Ebenfalls am 11.02.21 begann in Ulan Bator eine großangelegte PCR-Testkampagne mit dem Ziel, pro Haushalt eine Person auf das Virus zu testen. Hintergrund der Maßnahmen ist ein Anstieg der bestätigten COVID-19-Fälle, welcher auf den ersten lokalen Ausbruch in dem zuvor kaum betroffenen Land Mitte November 2020 zurückgeht. Aktuell verzeichnet die Mongolei 2.383 Infektionen und zwei Todesfälle. Davon wurden die meisten Infektionen aus Ulan Bator und der Provinz Selenge gemeldet. Mit der Anzahl der Corona-Fälle häufte sich in den vergangenen Wochen auch die Kritik am Umgang der Regierung mit der Pandemie. Anlass zu einer wachsenden Unzufriedenheit gibt zudem die in den ersten neun Monaten des Jahres 2020 um 7,3 % geschrumpfte Wirtschaft.

Montenegro

COVID-19-Pandemie: Starker Anstieg der Infektionszahlen

Am 09.02.21 hat Gesundheitsministerin Jelena Borovinic Bojovic wegen starken Anstiegs der Infektionszahlen insbesondere in einigen Ferienorten angekündigt, neue restriktive Maßnahmen zu verhängen. Wegen der Verzögerungen beim EU-gesteuerten COVAX-Impfstoffprogramm, beabsichtige das Ministerium, in direkte Verhandlungen mit Impfstoffherstellern zu treten. Laut aktuellen Medienberichten habe das Institut für öffentliche Gesundheit mitgeteilt, Montenegro habe mit einer Inzidenz von derzeit 1.257 aktiven Fällen pro 100.000 Einwohner die höchste Rate in der Balkan-Region.

Myanmar

Gewalt gegen Demonstrierende

Am 09.02.21 ging die Polizei zunehmend mit Gewalt gegen friedliche Demonstrierende vor, es gab zahlreiche Verletzte. Eine 19-Jährige Studentin in Naypyidaw verstarb nach einem Kopfschuss. Vereinzelt sollen uniformierte Polizisten zu den Demonstrierenden übergelaufen sein. Die Armee (Tadmaw) hat nach Angaben der National League for Democracy (NLD) deren Parteizentrale in Yangon (ehemals Rangun) durchsucht und zerstört. Am 10.02.21 wurden sechs hochrangige Politiker, u.a. ein enger Berater von Aung San Suu Kyi verhaftet.

Am 11.02.21 wurde weiter demonstriert, u.a. vor der chinesischen Botschaft in Yangon, ca. 3.000 Teilnehmer warfen China vor, die Junta zu unterstützen. In Mandalay demonstrierten Künstler für die Wiedereinsetzung der zivilen Regierung. Auch Bankangestellte, Mitarbeiter der Bahn, ebenso wie zahlreiche Mitglieder ethnischer Minderheiten sollen an den Demonstrationen teilgenommen haben. Am 14.02.21 demonstrierten erneut Zehntausende gegen den Putsch, das Militärregime gestattet jetzt Festnahmen ohne Haftbefehl und Razzien ohne Durchsuchungsbefehl. Angaben der Nichtregierungsorganisation Assistance Association for Political Prisoners (AAPP) zufolge sollen mehr als 260 Menschen festgenommen worden sein, anderen Berichten zufolge 350. In den Großstädten wurden gepanzerte Fahrzeuge positioniert, die Armee schränkte die Freiheitsrechte der Bürger weiter ein.

Am 15.02.21 teilte Khin Maung Zaw, Anwalt von Staatsrätin Suu Kyi mit, dass sie bis 17.02.21 in Untersuchungshaft bleiben müsse. Trotz hoher Militärpräsenz und nächtlicher Internetsperre demonstrierten erneut viele Menschen. Am 12.02.21 wurden anlässlich des Nationalfeiertags (Union Day) rund 23.000 Gefangene freigelassen, unter ihnen 55 Ausländer. Der bekannte Mönch und „Hassprediger“ Wirathu soll auch unter den Begnadigten sein, er hatte seit Jahren Stimmung gegen die Muslime in Myanmar gemacht, zudem die entmachtete Regierung kritisiert.

Nigeria

Demokratie-Defizite bestehen fort

In der Demokratieskala des am 02.02.21 veröffentlichten Democracy Index (Demokratieindex) 2020 der Zeitschrift The Economist hat sich Nigeria im Vergleich zum Vorjahr um einen Platz von Rang 109 auf Rang 110 (von 167 Ländern) verschlechtert.

Entführer ergeben sich

Ausweislich Medienberichten vom 09.02.21 haben sich sieben an der Schüler-Massenentführung vom 11.12.20 Beteiligte den Behörden ergeben, darunter auch einer der Anführer der an der Aktion beteiligten bewaffneten Gruppen. Regierungsvertreter des nordnigerianischen Bundesstaates Zamfara teilten mit, im Gegenzug für eine Amnestievereinbarung hätten die Männer ihre Waffen übergeben und geschworen, nicht zu ihren kriminellen Praktiken zurückzukehren. Der 43-jährige Anführer soll ursprünglich Viehdieb gewesen sein und sich dann dem Waffenhandel mit kriminellen und dschihadistischen Gruppen zugewandt haben. Bei der Tat am 11.12.20 waren über 300 Schüler aus einem Internat im Bundesstaat Katsina in Nordnigeria gekidnappt worden (vgl. BN v. 21.12.20).

Demonstrierende festgenommen

Nigerianische Sicherheitskräfte haben am 13.02.21 in Lagos mindestens zwölf Personen verhaftet, die eine friedliche Kundgebung gegen die Wiedereröffnung der innerstädtischen Lekki-Mautstelle abhalten wollten. Unter den Festgenommenen befanden sich auch Prominente aus der Unterhaltungsbranche. Die Lekki-Mautstelle war zu einem Symbol der EndSARS genannten Proteste gegen Polizeigewalt vom Oktober 2020 (vgl. BN v. 26.10.20) geworden, da hier am 20.10.20 laut Medienberichten eine nach wie vor nicht genau bekannte Anzahl von unbewaffneten Protestierenden unter nach wie vor ungeklärten Umständen erschossen worden war. In sozialen Netzwerken war zu Demonstrationen am 13.02.21 aufgerufen worden. Im Gegenzug hatten Behörden im Vorfeld nachdrücklich vor einer Teilnahme daran gewarnt und die Präsenz von Sicherheitskräften an der Mautstelle erhöht.

Pakistan

COVID-19-Pandemie: Impfprogramm gestartet

Am 02.02.21 hat Pakistan mit seinem nationalen Impfprogramm gegen das Coronavirus begonnen. Am 01.02.21 erreichte die erste halbe Million Impfdosen aus China das Land. Beschäftigte im Gesundheitswesen sollen gefolgt von älteren Menschen zunächst geimpft werden. Weitere Impfdosen auch anderer Hersteller seien bestellt.

Ahmadiyya-Gemeinschaft: Mitglied in Peshawar erschossen; Blasphemievorwürfe

Am 11.02.21 wurde ein Arzt und Mitglied der Ahmadiyya-Gemeinschaft in seiner Praxis in der nordwestlichen Stadt Peshawar in der Provinz Khyber-Pakhtunkhwa erschossen.

Von Ende Juli bis Ende November 2020 wurden fünf Ahmadis getötet. Ein im September 2020 mehrfach angeschossenes sechstes Opfer überlebte schwerverletzt.

Bereits der Glaube der Ahmadis, dass der Gründer ihrer Gemeinde im Rang eines Propheten stehe, erfüllt den in Pakistan mit Todesstrafe bewehrten Tatbestand der Prophetenbeleidigung (Blasphemie).

Nach Angaben von Amnesty International (AI), Human Rights Watch (HRW) und der Internationalen Juristenkommission (ICJ) versuchte die pakistanische Internetregulierungsbehörde (Pakistan Telecommunications Authority, PTA) im Dezember 2020, die Internetseite der in den USA ansässigen Ahmadiyya-Gemeinschaft löschen zu lassen. Die Betreiber der Website erhielten außerdem den rechtlichen Hinweis, dass sie in Pakistan aufgrund ihrer Selbstbezeichnung als Muslime wegen Blasphemie angeklagt werden könnten.

Republik Kongo

Journalist muss von Krankenbett direkt in Haft

Der im Kongo bekannte Karikaturist und Direktor des Satiremagazins Sel Pigment, Raymond Malonga, sei übereinstimmenden Medienberichten zufolge inhaftiert worden; zwischenzeitlich sei auch das Satiremagazin Sel Pigment von der Landesmedienanstalt vorübergehend verboten worden. Hintergründe sind nicht bekannt. Raymond Malonga, der sich wegen einer Malariaattacke in einem Krankenhaus habe behandeln lassen, sei nach den Informationen der internationalen Nichtregierungsorganisation Reporter ohne Grenzen von in Zivil gekleideten Angehörigen des Geheimdienstes am Krankenbett festgenommen worden, nachdem er Berichten zufolge angeblich mehreren Vorladungen keine Folge geleistet habe. Raymond Malonga sei unmittelbar in das Zentralgefängnis der Hauptstadt Brazzaville verbracht worden, wo er in einem speziell für an COVID-19 erkrankte Insassen eingerichteten Isolations- und Quarantänebereiche untergebracht worden sei. Die Internationale Journalisten-Föderation sowie Reporter ohne Grenzen verurteilen die Festnahme und fordern die sofortige Freilassung von Raymond Malonga.

Somalia

Wahlen

Die somalische Regierung und die Bundesstaaten haben sich noch nicht auf das weitere Vorgehen bei den Wahlen geeinigt, die eigentlich am 08.02.21 stattfinden sollten. Die Oppositionsparteien haben erklärt, dass sie Präsident Farmajo nicht mehr anerkennen und eine Übergangsregierung einsetzen wollen. Der Präsident hat angekündigt, dass am 15.02.21 ein neues Treffen zwischen den betroffenen Parteien stattfinden wird. Die Regierung und die Bundesstaaten, insbesondere Jubaland und Puntland, sind sich uneinig, wie die Wahlen organisiert werden sollen. Die UN hat die Regierung aufgefordert, die Wahlen so schnell wie möglich abzuhalten, da die Verschiebung zu einer unberechenbaren politischen Situation im Land führt. Viele befürchten, dass al-Shabaab, die bereits mit Angriffen auf die Wahlen gedroht haben, die Situation ausnutzen werden.

COVID-19-Pandemie

Somalia soll bis März 2021 über COVAX 1,2 Millionen Dosen eines COVID-19-Impfstoffs erhalten, was für etwa drei Prozent der Bevölkerung ausreicht. Zunächst sollen Mitarbeiter des Gesundheitswesens geimpft werden. Weitere Impfstoffe sollen im März und April 2021 eintreffen. Die über COVAX erhaltenen Impfstoffe sollen dann 20 % der Bevölkerung schützen. Bislang wurden in Somalia 5.183 Infektionen und 152 Todesfälle registriert (Stand:

14.02.21). Anfang Februar 2021 starben innerhalb von fünf Tagen zehn Menschen an dem Virus, der höchste Anstieg der Todesfälle seit August 2020. Von fast 600 Menschen, die am 09.02.21 in der Region Banaadir (Mogadischu) getestet wurden, waren etwa neun Prozent mit dem Virus infiziert. Insgesamt wurden in Somalia mehr als 200.000 Menschen getestet. Anfängliche Maßnahmen gegen die Pandemie, wie eine Ausgangssperre und die Schließung der Grenzen, wurden inzwischen wieder aufgehoben. Die Regierung informiert nicht regelmäßig über die Coronavirus-Situation im Land.

Die EU hat kürzlich fünf Millionen Euro für ein dreijähriges Projekt zur Verfügung gestellt, um die Arbeit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der somalischen Regierung bei der Stärkung des Gesundheitssystems und der Verhinderung einer weiteren Ausbreitung des Virus zu unterstützen.

Angriffe auf humanitäre Einsätze

Das UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA) verzeichnete im Jahr 2020 einen Anstieg der Angriffe auf humanitäre Einsätze in Somalia. Im Laufe des Jahres wurden 255 gegen humanitäre Organisationen gerichtete Vorfälle registriert, ein Anstieg von fast 60 % gegenüber dem Vorjahr. 15 Mitarbeiter von Hilfsorganisationen wurden getötet, mindestens zwölf wurden verletzt, 24 wurden entführt und 14 wurden vorübergehend festgenommen oder verhaftet.

Anschlag in Mogadischu

Am 13.02.21 explodierte eine Autobombe in der Nähe des Parlaments in Mogadischu. Dabei wurden mehrere Menschen getötet und verletzt.

Syrien

UN warnt vor Widererstarben des IS

Der Erste Untergeneralsekretär der Vereinten Nationen (UN) Vladimir Voronkov rief den UN-Sicherheitsrat am 11.02.21 dazu auf, in Syrien verbliebene ausländische Angehörige von mutmaßlichen IS-Kämpfern in ihre Heimatländer zurückzuführen. Etwa zwei Jahre nach dem Sieg über den IS in Syrien würden sich noch immer etwa 27.500 ausländische Kinder in Lagern im Nordosten Syrien aufhalten, von denen die meisten aus dem Irak stammen sollen. Etwa 8.000 von ihnen sollen jedoch aus insgesamt 60 weiteren Ländern stammen.

Mit stark eingeschränktem Zugang zu Bildung würden die in den Lagern befindlichen Frauen und Kinder Gefahr laufen, der radikalislamischen Ideologie zum Opfer zu fallen. IS-Kämpfer hätten die Befreiung dieser Gefangenen bereits zu einer neuen Priorität erklärt, während die kurdisch geführten Sicherheitskräfte ihr Wachpersonal in den Gefängnissen zum Teil stark reduziert hätten.

Voronkov zufolge seien in der Region noch immer etwa 10.000 Kämpfer des IS aktiv, die meisten davon im Irak.

Türkei

Operationen zur Terrorismusbekämpfung

Das türkische Innenministerium kündigte am 12.02.21 den Beginn einer weiteren Phase der inländischen Operationen zur Terrorismusbekämpfung im Südosten des Landes an, so werde die Operation Eren-10 Gabar in den südöstlichen Provinzen Sirnak und Siirt mit 68 Teams starten. Zuletzt hatte am 10.02.21 die Operation Eren-9 Kazan-Han Yaylasi in der Provinz Hakkari mit 129 Teams begonnen. Seit Beginn dieses Jahres wurden bereits die ersten acht Phasen der Operation gestartet, so seien Eren-1 Tendürek, Eren-2 Lice, Eren-3 Mount Ararat, Eren-4 Karlova-Varto, Eren-5 Bagok, Eren-6 Mergelo, Eren-7 Mercan-Munsuz-Tal und Eren-8 Amanoslar laut Ministerium noch im Gange (vgl. BN v. 01.02.21).

Ukraine

COVID-19-Pandemie: Zulassungsverbot für russischen Sputnik-Impfstoff

Die ukrainische Regierung hat am 08.02.21 die Zulassung von Impfstoffen aus der Russischen Föderation untersagt. Präsident Selenskiy gab bekannt, dass die Regierung 20 Millionen Impfdosen des indischen Herstellers Serum

Institute of India bestellt habe und bis Anfang 2022 rund die Hälfte der Bevölkerung geimpft werden soll. Die erste Phase der Impfkampagne solle nach Angaben des Präsidenten noch im Laufe des Februars 2021 starten, bislang sei allerdings noch keine einzige Impfdosenlieferung in der Ukraine angekommen.

Zentralafrikanische Republik

Wahltermin für zweite Runde der Parlamentswahlen festgelegt

Mit einem Dekret vom 12.02.21 legte der bei der Präsidentschaftswahl vom 27.12.20 mit offiziell 53,16 % der Stimmen obsiegende Amtsinhaber Faustin-Archange Touadéra den Termin für die zweite Runde der Parlamentswahlen auf den 14.03.21 fest. Am 27.12.20 hatte in Teilen des Landes parallel die erste Runde der Parlamentswahl stattgefunden (vgl. BN v. 25.01.21). An Orten, wo die Parlamentswahlen wegen des damaligen Gewaltausbruchs nicht stattfinden können, sollen diese ebenfalls am 14.03.21 nachgeholt werden. Insgesamt bleiben in den beiden Wahlrunden noch 118 der 140 Parlamentsmandate zu vergeben. Ursprünglich hatte die Oppositionsallianz COD2020 die Parlamentswahlen boykottieren wollen. Doch der unterlegene Präsidentschaftskandidat Annicet-Georges Dologuélé hat entschieden, dass seine Kandidaten, auch Teil der COD2020 im Rennen bleiben. Die Festlegung des Wahltermins erfolgte nun vor einem Hintergrund von andauernder Gewalt und Vertreibung (vgl. BN v. 11.01.21, 18.01.21, 25.01.21 und 01.02.21).

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration
Briefing Notes
BN-Redaktion@bamf.bund.de